

# Einheitsfront wehrt dem Faschismus

Franz Josef Strauß, „Entwurf für Europa“, 1966:

Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel und Möglichkeiten zu verstärken, aufeinander abzustimmen und auf diesen einen Schwerpunkt auszurichten, daß die gewohnheitsmäßigen, fahrlässigen, absichtlichen und manchmal bewußt in den Dienst der Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute bekämpft und beseitigt werden.

Die Forderung Strauß' ist ausdrücklich ein Programm zur Vernichtung jeder antifaschistisch-demokratischen Bewegung. Und das nebenstehende Faksimile zeigt, wer sich erneut anheischig macht, dieses Programm auszuführen, und wer für sie der Hauptfeind ist: die organisierte Arbeiterklasse und die politisch progressiv engagierten Studenten.

Warum wir auf Ostdeutschland nicht verzichten werden

**National-Zeitung**

**Stoppt Dutschke jetzt!**

**Enteignet den DGB!**

22. März 1968

Alle Mittel sind Strauß recht. Das heißt, wo die alten Mittel – demokratisch verbrämte Meinungsmanipulation, anti-kommunistische Hetze – für die Pläne zur „Neuordnung Europas“, denen die Notstandsdictatur vorgeordnet ist, nicht mehr ausreichen, greifen die Monopole zum Faschismus.

Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen, 6. November 1966		
Landtagswahl 1966	Landtagswahl 1962	Bundestagswahl 1967
NPD	224.584 (7,9)	74.081 (2,5)

  

Landtagswahlen in Bayern 28. 11. 1966 (Ergebnis in Prozenten)		
NPD	7,4	+ 7,4

Aus GZJ 174

## Senat Westberlins fördert Neonazis

Thadden-Partei wählt auch an der Universität

Westberlin (AD/ND). Unter dem Schutz und der Förderung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Schütz und seines Senats fördert die neonazistische Thadden-Partei auf dem Boden der selbständigen politischen Einheit Westberlins ihre gefährlichen Umtriebe.

Bisheriger Höhepunkt der NP-Aktivität war die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes der neonazistischen NP in Westberlin, auf der der NP-Vorsitzende Thadden in demonstrativer Form die revanchistische Ansprache der Bonner Regierung auf Westberlin bekräftigte.

Ende November etablierte sich an der Technischen Universität eine Studentenorganisation der Neonazis. Zuvor war bereits an der Dohlemer Universität eine Gruppe des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ gebildet worden.

Aus „Neues Deutschland“, 13. Dezember 1967



25. Juni 1932 – Polizei und SA unmittelbar nach dem Überfall auf das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin. Keiner der am Überfall beteiligten SA-Leute wird verhaftet.

Am 14. Juni 1932 hob die Papen-Regierung das Verbot der SA auf... Die SA sollte den Massenwiderstand gegen das Faschisierungsprogramm Papens brechen und die revolutionären Arbeiter fortgesetzt vom ideologischen und ökonomischen Kampf ablenken. Die Reichswehr stand bereit, mit den Mitteln der Militärdiktatur die Reste der parlamentarischen Demokratie zu liquidieren... Der Terrorfeldzug der SA, die heimtückischen Mordanschläge auf Arbeiterfunktionäre, forderte in der zweiten Jahreshälfte 17 und im Juli bereits 86 Menschenleben.

(Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Seite 368)

Als die Monopole ihren Angriff auf den Lebensstandard und die demokratischen Rechte des Volkes, der zur Vorbereitung ihres Aggressionsprogramms gehörte, mit den alten Mitteln nicht mehr fortführen konnten, halfen sie der faschistischen Nazi-Partei auf die Bühne.



Die KPD antwortete mit dem Aufruf zur Antifaschistischen Aktion der roten Einheitsfront:

... Die Antifaschistische Aktion muß durch den organisierten roten Massen-selbstschutz in breiter Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen!... Die Antifaschistische Aktion muß alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz bringen, um der Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten, um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will!

Die Faschisten wurden immer offener ermuntert, wurden immer frecher:

Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht melancholisch sein... Die Faschisten wurden immer offener ermuntert, wurden immer frecher:

„Dort, wo der Weg, wir schlagen die Eisen auf“, zitiert Springer „Was verboten ist“, die rechtliche Paragrafen und faßt den Mut an, der sein wildes Schloß mit diesen das gleiche Erbe, „Bf“, leitet den Kampf als „Mörder“, die nach der Forderung „Jede Fährnis auf dem Platz zu beseitigen“.

Zehntausende nationalsozialistische Gruppen... Sind ungesetzliche Demonstrationen geplant, werden die bekannten Anführer vorher in polizeiliche Vernehmung genommen.

Der Führer der neonazistischen NP im Bundesrat... Die Faschisten wurden immer offener ermuntert, wurden immer frecher:

„Ich bin begeistert...“



Führer des oben v. l. n. v. l. Bild-Hetzer: Leberbese einer Westberliner Zeitung: ND-Bericht über den Westberliner Pogrom vom 21. 1. 1968; oben: „Welt“-Hetzer: „Welt“-Hetzer: ND-Bericht über den 21. 1. 1968; unten: ND-Bericht über die Pogromhetze Springers gegen USA-Demokraten.

**Das erste Opfer: Ohnesorg**  
Sein Mörder wurde freigesprochen, weil „bei einer Verurteilung des Angeklagten kein Polizeibeamter mehr den Mut zum Schußwaffengebrauch aufbringen würde“ („Welt“). Westberlins Justiz erhielt der Polizei den Mut zum Mord, ermutigte andere Mörder. Die Aufrufe zur Lynchjustiz durch Springer-Presse und Notstandsminister, der Ruf nach den „Gegenkräften von ganz rechts“ – damit wurde vorbereitet, was in den letzten Tagen geschah:  
**Überfälle, Schlägereien, Morddrohungen und Schüsse auf Dutschke**

Frankfurt (Main) (AD/ND). Warum...  
**NP-Trupps prügeln Studenten**  
Tübingen (AD/ND). Schlägertruppen des neonazistischen NP haben am Wochenende bei einer Wahlveranstaltung vier...  
**Morddrohungen gegen Demokraten**  
Augsburg (AD/ND). Mit dem Tod bedroht und von anonymen Anzweiflern beschimpft wurden die Organisatoren der großen Demonstration gegen die USA-Aggression in Vietnam, die am letzten Wochenende in Augsburg stattfand. Dem Leiter des Demonstrationskomitees, dem Jungsozialisten Karl-Heinz Hiesinger, kündigten die Anrufer an, man werde ihn „überfallen und verprügeln“. Mit offenen Morddrohungen über Telefon versuchte man Gerhard Schmidt von der Kampagne für Ablehnung einmündlichen Dem. FDP-Kreisvorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Gerhard Hettlinger, wurde wegen der Teilnahme der Jungdemokraten an dem Protestmarsch zu verurteilen gegeben, daß es sieben Tage auch in Augsburg „Tote geben könnte“.



Westberlin sollte Exempel der Notstandspraxis werden  
Tausende erhoben sich dagegen (Bild links). Ihre Kollegen und Kommissionen in Westdeutschland folgten ihnen. Die Westberliner schlossen sich unter roten Fahnen in einer antifaschistischen Einheitsfront zusammen. Ihre Forderungen: ein neuer Senat, der mit den demokratischen Kräften zusammenarbeitet; ein demokratisches Gremium zur Verwaltung des Springer-Konzerns; Entfernung der Amis aus dem RIAS; Sendezeit für die demokratischen Kräfte zur Diskussion um die politische und wirtschaftliche Gesundung Westberlins. Einheitsfront und Programm bieten Westberlin eine große Chance.

Westberlin kann Beispiel einer demokratischen Erneuerung werden  
**Einheitsfront wehrt dem Faschismus**

